

Lobby durch Wissenschaft

**Umweltverbände
und ökologische
Forschungsinstitute
im Vergleich**

Jochen Roose

Environmental Policy and

Global Change Section

of the German Political Science Association (DVPW)

Corresponding Address of the Authors:

Dr. Jochen Roose
Freie Universität Berlin
Institut für Soziologie
Garystraße 55
D-14195 Berlin
jroose@gmx.de
www.jochenroose.de

Für hilfreiche Kommentare bedanke ich mich herzlich bei Mike Steffen Schäfer und den beiden anonymen Gutachter/-innen.

The Online Journal for Environmental Policy Studies (OJEPS) is an initiative of the Environmental Policy and Global Change Section of the German Political Science Association (DVPW). All papers in the series are available online on the website of the section at www.environmental-policy.de. All papers are submitted to double-blind peer review. Reviewers are in general selected by the editorial team from the group of authors who have published in the series. The authors retain the copyright of their papers. Therefore, parallel submissions or later publications of articles in OJEPS in traditional print journals or in edited volumes is not in conflict with the editorial policy. OJEPS is edited by the members of the board of the Environmental Policy and Global Change section, currently Klaus Jacob (chair), Frank Biermann, Per-Olof Busch and Peter H. Feindt.

ISSN:

OJEPS 1/2006

Editors address:

DVPW Environmental Policy and Global Change Working Group
c/o Environmental Policy Research Centre
Freie Universität Berlin
Innstraße 22
14195 Berlin
Germany

Zusammenfassung

Verbände und wissenschaftliche Politikberatungsinstitute gehören zu unterschiedlichen funktionalen Subsystemen der Gesellschaft: der Politik und der Wissenschaft. Nach dieser Unterscheidung leisten sie unterschiedliche Beiträge zur politischen Entscheidungsfindung. Der Artikel entwirft zunächst zwei Idealtypen der Verbandslogik und der Politikberatunglogik, die jeweils Voraussetzungen, Arbeitsweisen und Ressourcen dieser beiden Organisationsarten identifizieren. In einer empirischen Betrachtung zeigt sich dann die Vermischung der Logiken bei Umweltverbänden und unabhängigen ökologischen Forschungsinstituten. Die Umweltverbände agieren auch als Politikberater, die wissenschaftliche Expertise bereit stellen. Konkrete wissenschaftliche Politikberatung erfordert neben Wissenschaftlichkeit Wertentscheidungen, die von den Experten getroffen werden müssen. Die ökologischen Forschungsinstitute lassen explizit Werthaltungen in ihre Expertise einfließen und machen dies öffentlich. Der Artikel beschreibt die Vermischung der Logiken und argumentiert, welche Leistungen durch diese Vermischung erbracht werden können. Die Umweltpolitik mit ihren vielfach heftig umstrittenen Gegenständen (Kernenergie, Gentechnik) scheint besonders geeignet für eine solche explizit interessenbeeinflusste wissenschaftliche Expertise.

Abstract

Interest groups and scientific policy advice are part of different functional subsystems: politics and science. Accordingly, they provide different information for political decisions. The article presents Weberian ideal types for the logic of interest groups and the logic of scientific policy advice concerning preconditions, resources and types of activity. The empirical analysis shows a mixture of both logics for environmental interest groups and independent ecologic research institutes. Environmental interest groups also act as scientific policy advisers. Policy advice has to consider interests for being able to give practical advice. The independent ecologic research institutes work on a value basis and claim these values publicly. The article discusses the mixed logics of action and how they can become relevant. Environmental policy suggests itself for such a mix due to the highly controversial issues (e.g. nuclear energy or GMO).

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Formen der Interessenvertretung	3
2.1 Verbandslogik.....	4
2.2 Politikberatungslogik.....	8
3. Politische Arbeit der Umweltverbände.....	11
4. Politikberatung durch ökologische Forschungsinstitute	13
4.1 Politikberatung und Wissenschaftlichkeit.....	13
4.2 Arbeit wissenschaftlicher ökologischer Politikberatung...	15
5. Vermischte Logiken der Interessenvertretung.....	22
Literatur	26

Tabellen

Übersicht 1: Verbandslogik.....	8
Übersicht 2: Politikberatungslogik.....	11
Übersicht 3: Idealtypen und Arbeitsweisen im Vergleich.....	23

1. Einleitung

Die Beschreibung moderner Gesellschaften als funktional differenziert gehört zu den Standardperspektiven der Sozialwissenschaften (Schimank 2000). Demnach gibt es für die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen spezialisierte Akteure, die nach den Regeln des politischen Systems agieren. Zum politischen System gehört der Deutsche Bundestag, in dem gewählte Abgeordnete Gesetze erlassen und über die Staatsausgaben befinden. Die Abgeordneten werden in ihre Position gewählt und müssen ihr Handeln an den Interessen ihrer Wählerschaft ausrichten, wenn sie wieder gewählt werden möchten. Zum politischen System gehören zusätzlich die Regierung, aber auch Interessenverbände und andere politisch arbeitende Akteure. Die Wissenschaft funktioniert nach anderen, eigenen Regeln und hat wiederum eigene Organisationen und Rollen ausdifferenziert. Wissenschaftler werden nicht in ihre Position als Universitätsprofessor gewählt, sondern aufgrund von wissenschaftlichem Renommee berufen. Bei ihrer Arbeit ist nicht die Zustimmung einer Wählerschaft entscheidend, sondern das Wahrheitskriterium, das nach bestimmten Regeln zu- oder aberkannt wird. Niklas Luhmann hat die wohl umfangreichste und differenzierteste Version einer solchen Systemtheorie ausgearbeitet (vgl. aus seinem Gesamtwerk insbesondere 1993; 1997). Nach dieser Argumentation gehören Lobbyismus und Wissenschaft zunächst in zwei unterschiedliche Welten, funktionieren nach ganz unterschiedlichen Regeln.

Nun sind die gesellschaftlichen Teilsysteme keineswegs vollkommen unverbunden. Sie stellen jeweils Leistungen füreinander bereit. Die Wissenschaft wird aus der Politik finanziert und stellt ihr Wissen in Form von Expertise der Gesellschaft, auch der Politik, zur Verfügung. Dies geschieht in vielfältiger, mehr oder minder institutionalisierter Weise (Braun 2004). Es entstehen „intersystemische Organisationen“, die an zwei verschiedene Systemlogiken mehr oder minder stark gebunden sind bzw. versuchen beiden Systemlogiken gerecht zu werden (vgl.u.a. Bode/Brose 2001; Braun 2004; Guggenheim 2005). Auch wenn Bode und Brose die Ansicht vertreten, dass „intersystemischen Organisationen bislang wenig Aufmerksamkeit geschenkt“ wurde (2001: 113), gibt es doch eine Vielzahl interessanter Studien, die sich gerade mit Organisationen auf der Grenze zwischen den hier interessierenden Systemen Wissenschaft und Politik beschäftigt

haben.¹ Dabei wird einerseits deutlich, wie die Akteure sich jeweils voneinander abgrenzen und „boundary work“ (Gieryn 1995) betreiben. Gleichzeitig lässt sich eine Durchdringung der Logiken beobachten, die Weingart zu der These von der „Verwissenschaftlichung der Politik“ und der „Politisierung der Wissenschaft“ geführt hat (Weingart 2001: 151, 159; vgl. auch Saretzki 1997).

Im folgenden sollen zwei Arten von Organisationen, Umweltverbände und ökologische Forschungsinstitute, in ihrer Arbeitsweise untersucht werden. Das Interesse gilt dabei der Vermischung von Politik und Wissenschaft. In welcher Weise, an welchen Stellen lässt sich die Berücksichtigung der unterschiedlichen Systemlogiken bei diesen Organisationen auffinden? Wie kommt es, dass diese Vermischung möglich ist? Bislang wurde in der Literatur überwiegend das Verhältnis von wissenschaftlichen Experten und politischen Entscheidungsträgern oder von Verbänden und politischen Entscheidungsträgern beleuchtet. In diesem Beitrag soll der Fokus etwas gedreht werden, indem Experten und Verbände als zwei unterschiedliche Arten von Interessenvertretern gegenüber gestellt werden. Es gilt zu klären, ob und wie sich die Politisierung der Wissenschaft und die Verwissenschaftlichung der Politik bei diesen Akteuren konkret niederschlagen, ob sich eine „Lobby durch Wissenschaft“ finden lässt.

Die Umweltpolitik ist für diese Frage ein besonders interessanter Fall. Dies liegt zunächst an der Geschichte der Umweltverbände, die aus einer in hohem Maße dezentral gebliebenen Bewegung entstanden sind. In diesem Policyfeld sind sehr unterschiedliche Akteure aktiv, die auf ganz unterschiedliche Arten ihre Anliegen durchsetzen wollen. Neben mitgliederstarken Verbänden gibt es auch kleine Organisationen, die auf Basisprotest oder öffentliche Aufklärung setzen. Die Interessenvermittlung wird von einem heterogenen Kreis von Organisationen übernommen, die unterschiedliche Methoden anwenden und nur sehr eingeschränkt untereinander koordiniert sind (Rucht 1991; Rucht/Roose 2001a; 2001c).

¹ Vgl. für jüngere empirische Studien im Umweltbereich Guggenheim (2005), Heinrichs (2002) und Roose (2002). Allgemein zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik gibt es eine breite Literatur. Vgl. dazu als Überblick u.a. Gellner (1995), Hoppe (2005), Krevort (1993), Kümmel (2004), Thunert (2001) und Weingart (2001: 127ff.).

Zum zweiten haben sich als Teil der Umweltbewegung Forschungsinstitute gegründet, die sich mit ökologischen Fragen beschäftigen und Expertise für einen breiten Adressatenkreis bereit stellen (Guggenheim 2005; Roose 2002; Rucht 1988). Jenseits der universitären und sonstigen öffentlich geförderten Wissenschaftslandschaft haben sich in diesen Instituten zunächst autodidaktisch gebildete Experten zusammen gefunden, die sich dann zunehmend professionalisierten. Heute gibt es eine ganze Reihe dieser Institute, die sich mehr oder minder in der Tradition der Umweltbewegung verstehen und angewandte Auftragsforschung betreiben. Wissenschaftliche Politikberatung ist ein wesentlicher Teil dieser Arbeit.

In der Gegenüberstellung dieser Organisationen, Umweltverbände einerseits und unabhängige ökologische Politikberatungsinstitute andererseits, soll deutlich werden, wie sich Lobbyarbeit und wissenschaftliche Expertise durchdringen und welchen Platz beide im politischen Prozess haben.

2. Formen der Interessenvertretung

Um beurteilen zu können, ob und in welcher Weise Umweltverbände und ökologische Forschungsinstitute als intersystemische Organisationen auftreten, muss zunächst ein Maßstab definiert werden. Es gilt festzuhalten, was dem System in Reinform entsprechen würde, um dann im zweiten Schritt zu klären, auf welche Weise diese Reinform verlassen wird und Aspekte anderer Systeme einfließen. Max Weber hat für eine solche Frage mit seinem Idealtyp (Weber 1991b: 72ff.) ein Instrument vorgeschlagen.

Im Folgenden werde ich für Verbände und für wissenschaftliche Politikberatung eine jeweilige Arbeitslogik idealtypisch skizzieren. Ausgangspunkt ist dabei ihre Leistung für eine politische Entscheidungsfindung, die sie jeweils aus ihrer Systemlogik heraus erbringen.² Dabei geht es wohlgemerkt nicht um eine „best practice“ im normativen Sinn, sondern um die

² Die Leistungserbringung zum Referenzpunkt zu machen, unterstellt natürlich nicht, dass jede Politikberatung und jeder Verband tatsächlich für eine politische Entscheidungsfindung relevant wird, also erfolgreich ist.

analytisch besonders klare Beschreibung einer Handlungslogik, die erst im zweiten Schritt mit der Empirie konfrontiert wird.³

2.1 Verbandslogik

Die primäre Aufgabe von Verbänden ist die Aggregation von Interessen (Fraenkel 1968; Sebaldt/Straßner 2004: 59). Während die Parteien, insbesondere die Volksparteien, der umfassenden Interessenaggregation dienen, können Verbände spezifischere Anliegen vertreten und sich nach funktionalen Kriterien ausdifferenzieren. Umweltverbände können sich auf das Umweltthema oder noch speziellere Unterthemen (z.B. Otterschutz) festlegen, eine Partei muss dagegen zu tendenziell allen politischen Fragen einen Standpunkt entwickeln.

Daraus folgt bereits eine erste Voraussetzung der Verbandslogik: Um ihren Interessen Gewicht verleihen zu können, müssen Verbände darauf bedacht sein, eine breite Mitgliederbasis zu vertreten. Da Verbände sich nach funktionalen Kriterien ausdifferenzieren, muss diese Basis nicht zwingend viele Personen umfassen, sie muss aber den funktional spezifizierten Ausschnitt möglichst zu großen Teilen abdecken. Nur unter dieser Bedingung kann der Verband ein Vertretungsmandat für sich beanspruchen.

Die Interessenartikulation ist die zweite zwingende Aufgabe eines Verbandes (Sebaldt/Straßner 2004: 63). Der Verband muss versuchen, seine Anliegen politisch durchzusetzen. Wie er dies versucht, kann sehr unterschiedlich sein (vgl. etwa Leif/ Speth 2003a). Klar ist aber, dass ihm zunächst eine Initiativaufgabe zukommt. Die Aufgabe der Interessenartikulation impliziert, dass der Verband von sich aus aktiv werden und auf seine Anliegen aufmerksam machen muss. Die Analyse der Arbeit von Lobbyisten und Lobbying-Agenturen stellt vor allem auf diese initiative

³ Das Problem einer funktionalen Analyse in diesem Sinne (vgl. Luhmann 1991) ist ein unendlicher Regress (ebd.: 15). Jede identifizierte Funktion (hier im Sinne einer Leistungserbringung) hat bezogen auf andere oder dieselbe Problemstellung weitere Folgen, die sich als Funktion oder Verhinderung einer Funktion beschreiben lassen (ebd.: 21). Ein unendlicher Regress erfordert immer das willkürliche Abschneiden von Untersuchungen, insbesondere auf dem kleinen Raum eines Artikels. Dies wird im weiteren, insbesondere am Schluss, deutlich werden.

Rolle ab und wie diese Rolle möglichst erfolgreich ausgefüllt werden kann (Leif/Speth 2003a; Mayer/Naji 2000; Sebaldt 1997; für die EU auch Schendelen 2003).

In der Diskussion um Lobbying wurde Information als Ressource herausgestellt. Von Winter bezieht das Angebot von Information an die Politiker in seine Definition von Lobbying mit ein: „Lobbyismus wäre (...) zu charakterisieren als ein Tauschgeschäft, bei dem Informationen und politische Unterstützung gegen Interessenberücksichtigung gehandelt werden“ (Winter 2003; vgl. auch Sebaldt 1997: 374). Die Informationen, welche der Verband zum Tauschgeschäft anbieten kann, sind sehr unterschiedlich. Zunächst bietet er den politischen Entscheidungsträgern Informationen an, wie die aggregierten Interessen der Vertretenen zu berücksichtigen wären. Sofern Politiker den verbandlich Vertretenen entgegen kommen wollen, bekommen sie durch den Verband konkrete Vorschläge. Darüber hinaus bieten Verbände oftmals auch Gründe, die für ihre Einschätzung der Situation ausschlaggebend sind. Sie informieren also nicht allein über die Interessen der Mitglieder, sondern zudem über (vermutete) Wirkungsmechanismen zwischen denkbaren Maßnahmen und Effekten (nicht nur) auf die Mitglieder. Dass diese Informationen nach der Interessenlage des Verbandes selektiert sind, bleibt unbenommen. In einem weiteren Sinne zur Information gehören auch die Reaktionen der Verbandsmitglieder. Dabei kann es sich um Drohungen handeln, denkbar sind aber auch andere mehr oder minder unvermeidbare Reaktionen.⁴ Schließlich können die Verbandsmitglieder bei der Implementation von Maßnahmen relevant und aus dieser Rolle heraus auch besonders kompetent sein. Gerade Umweltverbände arbeiten meist nicht nur als politische Lobbyisten, sondern darüber hinaus oft in der praktischen Umsetzung (vgl. für andere Cornelissen 1991). Aus dieser Tätigkeit verfügen sie über praktisches Anwendungswissen, das sie gegebenenfalls beisteuern können.

Eine zweite Ressource der Verbände im politischen Prozess ist die öffentliche Rechtfertigung von Entscheidungen. Diese These ist zunächst überraschend, hat doch der Begriff des Lobbying zumindest in der deutschen

⁴ Empirisch ist die Grenze zwischen Drohung und Information über eine Reaktion sicherlich fließend, doch das muss in diesem Zusammenhang nicht weiter interessieren.

Öffentlichkeit oft den Ruch des Illegitimen (Leif/Speth 2003b). Dem stehen die demokratischen Aufgaben von Verbänden gegenüber, die „Legitimationsdefizite territorialer, parlamentarischer Repräsentation ausgleichen könnten“ (Reutter 2000: 7; vgl. auch Sebaldt/Straßner 2004: 59ff.). Hier interessiert aber weniger die normative demokratietheoretische Position, sondern vielmehr die Frage, unter welchen Bedingungen eine Entscheidung Akzeptanz findet und für legitim gehalten wird.⁵ Die Stellungnahmen von Verbänden dürften empirisch für die politischen Akteure in der öffentlichen Diskussion direkte Folgen haben. Die Einschätzung einer Interessengruppe hat in Bezug auf ihr Interesse besondere Glaubwürdigkeit und kann daher Entscheidungen in der Wahrnehmung der Bevölkerung legitimieren. Es geht dabei wohlgerne nicht um eine generelle Legitimation, sondern es wird lediglich die Glaubwürdigkeit von Entscheidungsträgern in Hinblick auf bestimmte Motive unterstützt. So wird eine umweltpolitische Entscheidung dann in ihrer Intention besonders glaubwürdig sein, wenn Umweltverbände sie für richtig halten und diese Einschätzung öffentlich machen. Die Entscheidung wird dann mit höherer Wahrscheinlichkeit bei den Wählern Zustimmung finden, die umweltpolitische Ziele unterstützen. Jenseits dieser Wählergruppe wird die Unterstützung der Umweltverbände vermutlich die Zustimmung nicht erhöhen.⁶ Die Zustimmung von Verbänden kann in dieser Weise zu einem besonderen „Gütesiegel“ werden, weshalb es für politische Entscheidungsträger attraktiv werden kann, die Zustimmung von Verbänden anzustreben. Analog verhält es sich dann mit öffentlicher Kritik oder Protest gegen Entscheidungen, deren Verhinderung aus der gleichen Logik attraktiv sein kann. Wie wertvoll diese verbandliche Zustimmung bzw. die Verhinderung öffentlicher Ablehnung im Einzelfall ist, wie viel der Verband also mit der Ressource der öffentlichen Rechtfertigung von Entscheidungen erreichen

⁵ Der Legitimitätsbegriff ist hier wiederum an Weber angelehnt im Sinne eines Legitimitätsglaubens bei den Betroffenen, also in diesem Fall der wahlberechtigten Bevölkerung bzw. Teilen von dieser. Was in einem ethischen Sinne legitim ist, muss an die Philosophie oder jeden einzelnen verwiesen werden.

⁶ Bei Wählern, die Umweltschutz als politisches Ziel explizit ablehnen (z.B. weil es immer auf Kosten von Arbeitsplätzen ginge), könnte möglicherweise eine Unterstützung durch die Verbände die Zustimmung sogar verringern.

kann, ist von vielen anderen Faktoren abhängig. Ein zentraler Faktor ist dabei aber sicherlich die Glaubwürdigkeit, die ein Verband genießt. Nur wenn ein Verband tatsächlich als adäquater Vertreter des Interesses wahrgenommen wird, kann er auch ein legitimierendes „Gütesiegel“ in diesem Sinne verleihen oder wirkungsvoll Maßnahmen kritisieren. Nur unter der Voraussetzung der eigenen Glaubwürdigkeit kann die Androhung von öffentlicher Kritik oder das Angebot von öffentlichem Lob zu einer Aushandlungsressource werden.

Die (Neo-)Korporatismustheorie hat die Verbände in einer Aushandlungsrolle mit dem Staat konzipiert (Czada 1992; Schmitter/Lehmbruch 1979; Streeck 1994; Weßels 2000). Die Verbände stellen nicht nur Forderungen an den Staat, sondern werden selbst zum Adressaten von Erwartungen. Maßnahmen werden in Kooperation mit den Verbänden diskutiert und umgesetzt, wobei der Staat mit den Verbänden „geordnete, dauerhafte Beziehungen“ (Weßels 2000: 17) eingeht. In der Umweltpolitik haben korporatistische Strukturen im eigentlichen Sinne keine Tradition, wohl auch aufgrund der dezentralen Struktur der Umweltbewegung (Rucht/Roose 2001a). Die Korporatismustheorie lenkt gleichwohl den Blick auf Gremien, in denen dauerhaft Interessenvertreter zusammen gebracht werden, um zumindest Vorschläge für politisches Handeln zu entwickeln. Beratungsgremien dieser Art sind in der Umweltpolitik durchaus üblich (Heinrichs 2002). Verbände müssten also anstreben, in den Gremien präsent zu sein, um dort das jeweilige Interesse zu repräsentieren.

Aus den Überlegungen ergeben sich Voraussetzungen und Charakteristika der Arbeitsweise sowie Ressourcen für eine erfolgversprechende Interessenvertretung von Verbänden, die hier kurz zusammengefasst sind:

Übersicht 1: Verbandslogik

Voraussetzungen	Vertretungsmandat	möglichst umfassende Abdeckung des funktionalen Interesses
	Glaubwürdigkeit	Glaubwürdigkeit in Hinblick auf adäquate Interessenvertretung
Arbeitsweise		Auftreten auf eigene Initiative
		Einbindung in Verhandlungsgremien als Interessenvertreter
		(Drohung mit) öffentlicher Interessenartikulation
Ressourcen	Information	Informationen über geeignete Maßnahmen zur Interessenbefriedigung
		interessengeleitete Informationen über relevante Wirkungsmechanismen
		Informationen über Implementationsmöglichkeiten
	Rechtfertigung von Entscheidungen	öffentliche Rechtfertigung von Entscheidungen durch interessenbasierte Beurteilung

2.2 Politikberatungslogik

Die Rolle von wissenschaftlichen Experten im politischen Prozess folgt – zunächst idealtypisch – einer ganz anderen Logik, die ich Politikberatungslogik nennen möchte. Wissenschaft dient der Wahrheitsfindung und soll damit in ihren Befunden gerade unabhängig sein von speziellen Interessen. Sie stellt Wissen über kausale Zusammenhänge, also über Ursachen bereit, möglicherweise auch über Lösungsmöglichkeiten. Interessen vertritt sie dabei aber nicht. Nach Luhmann stellt die Wissenschaft für die anderen Funktionssysteme der Gesellschaft das Denkbare und das Realisierbare bereit. „Damit kommt auf andere Funktionssysteme die Aufgabe zu, Brauchbares und Unbrauchbares zu sortieren“ (Luhmann 1986: 165).⁷

Eine besonders enge Kopplung zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Entscheidung ist die wissenschaftliche Politikberatung durch Experten. Politische Entscheidungen müssen berücksichtigen, was

⁷ Für die Sozialwissenschaften hat Max Weber dies im Werturteilsstreit formuliert (Weber 1991a). Für die Naturwissenschaften hatte das Merton als „disinterestedness“ rekonstruiert (Merton 1990).

möglich und sinnvoll ist. Aufgabe der Expertise ist, „das in einem Fachgebiet jeweils aktuell verfügbare systematische Wissen zusammenzufassen und zur Diagnose und Bearbeitung eines bestimmten konkreten Problems anzuwenden“ (Saretzki 1997: 278). Es kommt dabei zu einer Übersetzungsleistung. Das abstrakte und allgemeine Wissen, wie es die Wissenschaft produziert, muss auf den konkreten Fall, das konkrete Problem herunter gebrochen werden. Die Politikberatung informiert über relevante Wirkungsmechanismen und konkreter über Implementationsmöglichkeiten, wie bestimmte politische Ziele erreicht werden können.

Im Verhältnis von Politik und Wissenschaft wurde bislang vorwiegend dem normativen Problem der Legitimität von Entscheidungen nachgegangen.⁸ In diesem Zusammenhang ist wiederum nur die legitimierende Wirkung in der öffentlichen Wahrnehmung entscheidend. Die Kompatibilität von politischen Entscheidungen mit wissenschaftlichen Befunden ist für die Politik unverzichtbar. „Moderne Demokratien müssen ihre Entscheidungen doppelt legitimieren: sie müssen rational im Licht vorhandenen wissenschaftlichen Wissens und von durch öffentliche Wahl delegierten Repräsentanten legitimiert sein“ (Weingart 2003: 89f.). Damit ist die wissenschaftliche Expertise eine Legitimationsressource im Politikprozess (vgl. für andere auch Müller 1994: 50; Weingart 2001: 159ff.).

Für die Legitimationswirkung ist wiederum zweierlei Voraussetzung: Die wissenschaftliche Beratung muss öffentlich sein und der Wissenschaftlichkeit muss vertraut werden. Die Glaubwürdigkeit der Wissenschaftlichkeit hängt eng an dem Renommee der beteiligten Wissenschaftler oder wissenschaftlichen Institutionen. Auf einer grundsätzlichen Ebene wird dies meist über wissenschaftliche Titel, Anstellung an Universitäten oder anderen generell renommierten Einrichtungen (z.B. der Max-Planck-Gesellschaft) erlangt, hinzu kommen kann aber auch spezifisches Renommee prominenter Institute oder Personen (Weingart 2001: 49).

Die Veröffentlichung der wissenschaftlichen Beratung ist dagegen aus Sicht der Politiker ambivalent. Einerseits ist die Rechtfertigung durch den

⁸ Vgl. u.a. Habermas (1966), Hoppe (2005), Geis (2005b), Saretzki (1997) und Weingart (2003: 93ff.; 2001: 133ff.).

Nachweis der wissenschaftlichen Fundierung interessant. Andererseits aber kann eine Eigendynamik entstehen, die eine politische Umsetzung des sachlich Gebotenen einfordert – auch gegen andere politisch motivierte Überlegungen. Die Kritik an der Technokratie, nach der die legitimierte Politiker allein wissenschaftliche Erkenntnis umsetzen müssen ohne eigene Entscheidungsfreiheit zu haben, zielt auf diese Eigendynamik.⁹ Dementsprechend dürfte das Interesse der Politiker sein, nach Möglichkeit die Veröffentlichung von Expertise selbst zu kontrollieren, sie also nur öffentlich zu machen, wenn sie gewollte Entscheidungen legitimieren kann.

Die Initiative, den Politikberatungsprozess anzustoßen, liegt zunächst bei politischen Entscheidungsträgern, meist in der Regierung oder Verwaltung, aber auch im Parlament (Thunert 2001). Dabei können für konkrete Probleme ad hoc Expertisen eingefordert werden, es ist auch eine langfristige Einbindung in Beratungsgremien denkbar, die zur Erarbeitung konkreter Vorschläge (z.B. die Hartz-Kommission zur Reform des Arbeitsmarktes) oder stetiger Beratung (z.B. der Sachverständigenrat für Umweltfragen) dienen. In letztgenanntem Fall geht die Beratung zwar ursprünglich auf Initiative politischer Entscheidungsträger zurück, gewinnt dann aber eine Eigendynamik, die nicht ohne weiteres durch die Politik zu Stoppen ist. Eine Veröffentlichung der Ergebnisse wird dann erwartet oder ist sogar rechtlich verpflichtend, wie beim Sachverständigenrat Umwelt.

Die Politikberatungslogik, gedacht als eine rein wissenschaftliche Politikberatung ohne Eigeninteresse, lässt sich damit idealtypisch folgendermaßen charakterisieren:

⁹ Vgl. die genannte Literatur oben in Fußnote 8.

Übersicht 2: Politikberatungslogik

Voraussetzungen	Vertretungsmandat	keines, wird nicht gebraucht
	Glaubwürdigkeit	Glaubwürdigkeit in Hinblick auf Wissenschaftlichkeit
Arbeitsweise		auftragsabhängiges Auftreten
		Einbindung in Beratungsgremien als wissenschaftliche Experten
		Veröffentlichung nach Maßgabe des Auftraggebers/der grundsätzlichen Regelung bei Einrichtung des Gremiums
Ressourcen	Information	wissenschaftliche Informationen über relevante Wirkungsmechanismen
		wissenschaftliche Informationen über Implementationsmöglichkeiten
	Rechtfertigung von Entscheidungen	öffentliche Rechtfertigung von Entscheidungen durch wissenschaftliche Beurteilung

3. Politische Arbeit der Umweltverbände

Für die Umweltverbände müssten wir nun annehmen, dass sie entsprechend der Verbandslogik versuchen werden, ihre Anliegen durchzusetzen. Da wir aber von einem Idealtyp ausgegangen sind, muss uns die Tatsache empirischer Abweichungen von dieser Logik nicht überraschen. Interessant ist vielmehr, wie diese Abweichungen aussehen und wie sie begründet sind.

Nach der Verbandslogik müssen die Umweltverbände die möglichst umfassende Vertretung eines funktionalen Bereichs für sich beanspruchen. In Deutschland gibt es keinen einzelnen Umweltverband, der allein für die Umweltbewegung sprechen könnte (Rucht/Roose 2001a). Allerdings gibt es eine überschaubare Zahl von großen Verbänden, die ein Verhandlungsmandat für sich beanspruchen können, weil sie nicht nur über beachtliche Mitgliederzahlen verfügen (vgl. Roose 2006), sondern ihnen auch die größte Problemlösungskompetenz in Umweltfragen zugeschrieben wird (Kuckartz/Rheingans-Heintze 2004: 66). Sie liegen dabei deutlich vor dem Vertrauen in die Wissenschaft (Europäische Kommission 2005: 22).

Dieses Verhandlungsmandat scheint von politischen Entscheidungsträgern durchaus anerkannt zu werden, denn Umweltverbände sind in einer Reihe von Beratungsgremien vertreten (Heinrichs 2002). Interessant sind

aber die Besetzungskriterien. Die Verbände vertreten nicht allein das Umweltinteresse, sondern das Besetzungskriterium ist wissenschaftliche Expertise (ebd.: 153). Die Verbandsvertreter werden nach dem Kriterium der Sachkenntnis rekrutiert – allerdings einer sichtbar parteiischen Sachkenntnis. Sie vertreten also nicht allein das Interesse, wie es der Idealtyp der Verbandslogik vermuten ließe, sondern bringen zudem im Sinne der Politikberatungslogik wissenschaftliche Sachkenntnis ein.

Die Umweltverbände sind keineswegs auf diese Beratungsgremien beschränkt. Sie melden sich vielfach unaufgefordert bei der politischen Entscheidungsfindung zu Wort und werden in diesem Punkt der Verbandslogik gerecht. Bei der öffentlichen Kommentierung von Umweltpolitik können sie auf Resonanz in den Medien zählen und diese Kommentierungen dürften bei der Beurteilung der Regierungsleistung insbesondere bei den Wählern der Grünen einflussreich sein. Mindestens für Bündnis 90/Die Grünen, in eingeschränkterem Umfang auch für andere Parteien, dürften die Beurteilungen durch die Umweltverbände durchaus wichtig sein für die Rechtfertigung vor der eigenen Wählerklientel.

Interessant ist wiederum die Art der Argumentation, öffentlich und vor allem im direkten Lobbykontakt mit Politikern. Eine wesentliche Rolle im Lobbygeschäft spielt die Bereitstellung inhaltlicher Argumente. Informationen zu Wirkungsmechanismen und Implementationsmöglichkeiten dürften mehr Gewicht haben, als die Mobilisierung von Protest oder die Drohung mit einer solchen Mobilisierung.¹⁰ Die Verbände heben die Bedeutung von Lobbyismus gestützt auf wissenschaftliche Expertise hervor. Über 80 % der national arbeitenden Umweltorganisationen in Deutschland gaben bei einer Befragung an, im Rahmen ihrer politischen Arbeit wissenschaftliche Berichte in Auftrag zu geben oder selbst zu verfassen (Roose 2006).¹¹ Damit folgen die Verbände nicht mehr allein der

¹⁰ Der Rückgang von Umweltprotest bei gleichzeitigem Wachstum der Verbände spricht für diese Akzentverschiebung (Roose/Rucht 2002).

¹¹ Die Ergebnisse beruhen auf einer schriftlichen und mündlichen Befragung von nationalen Umweltorganisationen in Deutschland 1999 und 2000 im Rahmen des ländervergleichenden Projekts „Transformation of Environmental Activism“. Vgl. u.a. Rucht/Roose (2001a; 2001b; 2001c).

Verbandslogik, sondern Elemente der Politikberatungslogik fließen mit ein. Das bereitgestellte Wissen ist freilich für jeden sichtbar ein interessantes Wissen, das mit einer bestimmten Motivation den politischen Entscheidungsträgern zugänglich gemacht wird.

Die Arbeit der Umweltverbände ist mit dem Idealtyp der Verbandslogik nicht treffend beschrieben. Eine Reihe der theoretisch erwartbaren Aspekte von politischer Interessenvertretung in Bezug auf Voraussetzungen, Arbeitsweisen und Ressourcen lassen sich durchaus finden. Diese kommen aber nicht in Reinform vor. Die Umweltverbände sind nicht allein für die konsequente Vertretung eines Interesses in der Politik zuständig, sondern sie stellen auch wissenschaftliches Wissen bereit. Die Verwissenschaftlichung der Politik, die Peter Weingart für Regierungen und Parlamente feststellt, zeigt sich auch deutlich in der Arbeit der Umweltverbände.

4. Politikberatung durch ökologische Forschungsinstitute

Die wissenschaftliche Politikberatung im Umweltbereich verdient ebenfalls einen genaueren Abgleich von Idealtyp und Realität. Es ist theoretisch der interessantere Typ, denn hier stoßen zwei gesellschaftliche Subsysteme zusammen – Politik und Wissenschaft –, die nach unterschiedlichen Logiken funktionieren. Während im Fall der Verbände sowohl politische Entscheidungsträger als auch Verbände nach einer Macht/Einfluss-Logik handeln (Luhmann 2000), orientiert sich die wissenschaftliche Politikberatung idealtypisch an einem Wahrheitsziel (Luhmann 1992). Doch für dieses Wahrheitsziel gibt es mit Blick auf Politikberatung einige theoretische Einwände, die für die weitere empirische Analyse aufschlussreich sind.

4.1 Politikberatung und Wissenschaftlichkeit

Die Politikberatungslogik, mit der hier argumentiert wurde, beruht auf der Annahme objektiven, allgemeinen Wissens, dass sich bei entsprechender Kompetenz durch einen Experten herunter brechen lässt auf konkrete Probleme. Die konstruierten Idealtypen stellen gerade auf die eindeutigen Systemlogiken ab. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik wird aller-

dings seit geraumer Zeit in den Sozialwissenschaften diskutiert. Die Idealtypen fallen – bewusst – hinter diese Diskussion zurück, um die Nähe zum Wissenschafts- und zum Politiksystem in den einzelnen Aspekten deutlicher nachzeichnen zu können. Die Betrachtung der Politikberatungslogik erfordert daher zunächst einige theoretische Vorbemerkungen.

Es sind systematische Gründe, die eine scharfe Trennung von politischer Entscheidung durch Politiker und Bereitstellung sachlichen Wissens durch Wissenschaft unmöglich machen. Expertise als Zusammenfassung des wissenschaftlichen Wissens für ein konkretes Problem ist nicht wertfrei möglich, weil Expertise notwendig an Grenzen des wissenschaftlich Entscheidbaren stößt. Saretzki (1997: 281ff.; vgl. auch Geis 2005a; 2005b; Gellner 1994) hat vier Grenzen der wissenschaftlichen Expertise identifiziert:

1. Die normative Grenze des Sachwissens führt dazu, dass zwar Sachverhalte festgestellt werden können, ob es sich allerdings um Probleme, also bearbeitungsbedürftige Abweichungen von einem Soll-Zustand handelt, ist eine Wertfrage, die nicht wissenschaftlich zu klären ist.
2. Die lokale Grenze ergibt sich aus dem Bedarf, das allgemeine Wissen auf einen konkreten Fall anzuwenden. Dazu ist Wissen über den lokalen Kontext des Falles notwendig, das über das allgemeine wissenschaftliche Wissen hinaus geht (vgl. auch Wynne 1996).
3. Aufgrund der disziplinären Grenze sind Wissenschaftler nur in der Lage, für ihr jeweiliges Fachgebiet zu sprechen, während konkrete Probleme meist mehrere Disziplinen betreffen. Welche Disziplinen eingebunden werden müssen, ist aber wiederum durch Wertentscheidungen mit beeinflusst, nämlich durch Einschätzungen von Relevanz, möglicherweise auch durch Einschätzungen, was bestimmte Disziplinen zu leisten in der Lage sind (vgl. auch Bogner/Menz 2002).
4. Die epistemische Grenze bezeichnet schließlich, was derzeit gewusst wird und welche Fragen bisher wissenschaftlich nicht geklärt sind.
5. Eine fünfte Grenze, die Saretzki nicht eigens erwähnt, wäre hinzuzufügen. Die Definition von Forschungsfragen ist stark abhängig von Entscheidungen der Forschenden. Zwar mag eine Frage oder Problemstellung

vorgegeben sein. Dennoch bleibt innerhalb der Frage immer erheblicher Spielraum für Detailentscheidungen, für Schwerpunktsetzungen, für die Auswahl von Untersuchungsaspekten unter der Vernachlässigung anderer. Diese Entscheidungen ergeben sich zum Teil aus dem verfügbaren Wissen, sie sind aber zudem abhängig von Ermessensentscheidungen der Forscher (vgl. für andere Gläser 2004). Die Grenze ließe sich als Fokussierungsgrenze benennen.

Die Einschränkungen ergeben sich aus der notwendig begrenzten Kompetenz von wissenschaftlichen Experten und aus der Notwendigkeit, Wertentscheidungen zu treffen, um der Anforderung der Politik, konkrete Problemanalysen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten, gerecht zu werden. Streng wissenschaftlich lassen sich diese Einschränkungen nicht umgehen. Die ökologisch orientierten Forschungsinstitute sind ein interessantes Beispiel, wie mit den genannten Grenzen wissenschaftlichen Wissens umgegangen wird.

4.2 Arbeit wissenschaftlicher ökologischer Politikberatungsinstitute

Im Laufe der 1970-er Jahre haben sich in Deutschland ökologische Forschungsinstitute mit wissenschaftlicher Ausrichtung gegründet. Sie entstanden im Umfeld der Umweltbewegung, zum Teil mit engen, auch expliziten Bindungen an die Bewegung. Das älteste und bis heute größte dieser Institute ist das Öko-Institut mit Standorten in Freiburg, Darmstadt und Berlin. Zu den frühen Gründungen gehört auch das Katalyse-Institut in Köln oder das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung in Heidelberg.¹²

Die Institute finanzieren sich weitgehend über Auftragsforschung, verfügen aber zum Teil über Fördermitglieder, die vor allem in der Frühphase erheblich zur Finanzierung beigetragen haben. Mit ihrer Mitgliedschaft nehmen die Institute Verbandselemente auf. Gemeinsam ist diesen Forschungsinstituten nicht nur ihre Milieunähe zu der Umweltbewegung, ihre thematische Konzentration auf das Umweltthema oder ihre

¹² Vgl. zu Instituten dieser Art Guggenheim (2005) und Roose (2002).

Organisationsform als selbstständig arbeitende, auftragsfinanzierte Institute.¹³ Spezifisch ist zudem ihre Arbeitsweise, nämlich eine interessenorientierte Politikberatung, die also gegen eine interessenlose Wissenschaftlichkeit und damit den Idealtypus der wissenschaftlichen Politikberatung verstößt.

Politikberatung muss, wie oben (4.1) argumentiert, die Grenzen der Wissenschaftlichkeit an verschiedenen Stellen überschreiten. In den ökologischen Forschungsinstituten sind diese Grenzüberschreitungen institutionalisiert. Zunächst ist eine interdisziplinäre Zusammensetzung typisch. Die Institute sind insgesamt oder in ihren Abteilungen nicht nach wissenschaftlichen Disziplinen, sondern problemorientiert gegliedert (Guggenheim 2005: 137ff.; Roose 2002: 92ff.). Das Problem der Einbeziehung unterschiedlicher Disziplinen in die Übersetzung wissenschaftlichen Wissens in problembezogene Vorschläge ist damit nicht grundsätzlich gelöst, denn auch so können nicht alle wissenschaftlichen Disziplinen und Subdisziplinen abgedeckt werden. Das Überschreiten von Disziplingrenzen soll aber organisatorisch vereinfacht werden.

Wichtiger als die Entscheidung, welche Disziplinen zu berücksichtigen sind, dürfte die Entscheidung sein, welches Thema mit welchen Aspekten untersucht wird. Die normative Grenze der Wissenschaft, was also ein Problem darstellt, und die Fokussierungsgrenze, welche Aspekte bei der Frage wichtig sind, müssen entschieden werden und diese Entscheidungen sind wertabhängig. Bei Auftragsforschung könnte die normative Frage noch vom Auftraggeber entschieden werden, die Fokussierungsgrenze aber bleibt. Sie ist von großer Brisanz, weil sie erheblichen Einfluss auf die Ergebnisse haben kann. Welche Alternative aus wissenschaftlicher Sicht empfehlenswert ist, hängt naheliegender Weise stark davon ab, welche Alternativen nach welchen Kriterien beurteilt werden. Diese Entschei-

¹³ Das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie gehört zu den prominenteren Forschungsinstituten dieser Gruppe, allerdings verfügt dieses Institut über eine erhebliche Grundfinanzierung durch die öffentliche Hand. Eine Reihe anderer Charakteristika trifft, wie sich zeigen wird, aber auch auf dieses Institut zu.

dungen sind unausweichlich, wichtig ist aber die Frage, wer diese Entscheidungen nach welchen Werten trifft.¹⁴

Der Auftraggeber kann diese Art von Entscheidungen nicht treffen, weil er nicht über die nötige Sachkompetenz verfügt. Politikberatung ist ja gerade das Hinzunehmen von Sachkompetenz, die den Entscheidungsträgern selbst fehlt. Demnach müssen die Berater entscheiden. Die ökologischen Forschungsinstitute machen nun ihre Entscheidungskriterien explizit. Sie entscheiden, das macht ihr Name und ihr Programm deutlich, tendenziös. Damit können sie bei geteiltem Wertehorizont für Auftraggeber besonders interessant sein für die Präsentation unterschiedlicher Lösungsmöglichkeiten. Wer nach ökologischen Gesichtspunkten „gute“ Lösungsmöglichkeiten aufgewiesen haben möchte, dürfte sich für Expertise interessieren, die ebenfalls – von vornherein erwartbar – in diesem Sinne Ermessensentscheidungen treffen wird. Die Institute garantieren eine solche Entsprechung der Werthaltungen.¹⁵ Entsprechend kann der Auftraggeber darauf zählen, dass im Rahmen der Projekte oder auch als Mitglied von längerfristigen Beratungsgremien die Institute nicht nur Fachwissen, sondern auch eine Interessenposition einbringen.

Diese Überlegungen gelten allerdings allein unter dem Aspekt des Auffindens von Lösungsmöglichkeiten für ein konstatiertes Problem. Geht es dagegen um die öffentliche Rechtfertigung politischer Maßnahmen durch Expertise, sind Ratschläge und Befunde, die nur eingeschränkt durch das wissenschaftliche Wissen abgesichert sind, von ambivalenter Wirkung. Einerseits können nur konkrete Expertenvorschläge tatsächlich Maßnahmen rechtfertigen. Allgemeine Anmerkungen und abwägende Stellungnahmen geben letztlich keine klaren Entscheidungen vor und entlasten damit in der öffentlichen Wahrnehmung nicht die Politik von legitimationsbedürftigen Selektionsentscheidungen. Andererseits sind aber Expertenentscheidungen, die sich nicht zwangsläufig aus wissenschaftlichen Argumenten ergeben, kritikanfällig und können gerade nicht der öffentlichen Rechtfertigung dienen.

¹⁴ Vgl. nochmals auch die Literatur in Fußnote 8.

¹⁵ Wer andere, eben nicht ökologische Schwerpunkte setzt, tut selbstverständlich gut daran, die Institute gerade nicht zu beauftragen.

Die Geschichte der Atomenergie ist hier ein eindrucksvolles Beispiel. Der Vertrauensverlust, den insbesondere Naturwissenschaften in den vergangenen Jahrzehnten erlitten haben, und die Diskussion um eine kritischere Diskussion von Experteneinschätzungen sind eng mit der Atomenergie verbunden (Schulten 1990; Weisker 2003; Zimmerli 1990), spielen mittlerweile aber auch in vielen anderen Bereichen eine wichtige Rolle. Von einer generellen Wissenschafts- und Technikgläubigkeit kann keine Rede mehr sein (vgl. obige und Kohring 2001).¹⁶ Wenn aber Wissenschaft an Glaubwürdigkeit verliert, weil einerseits ihre oben aufgeführten Grenzen offensichtlich werden und andererseits (und damit zusammenhängend) ihre Glaubwürdigkeit erodiert, wird wissenschaftliche Untermauerung allein die Akzeptanz von politischen Entscheidungen nicht mehr sichern können.

Eine mögliche Kompensation dieser Entwicklung ist, ähnlich wie bei den Verbänden, sich auf weltanschaulich explizit ausgerichtete Expertise zu berufen. Es reicht also unter Umständen der Ausweis von Wissenschaftlichkeit allein nicht. Der Ausweis von Wissenschaftlichkeit, die bei Ermessensentscheidungen eine Wertrichtung bevorzugt, kann aber durchaus die Akzeptanz bei einer Zielgruppe verbessern. Voraussetzung ist selbstverständlich (wie im Fall der Verbände) das Teilen der zugrunde liegenden Werte.

Die unabhängigen ökologischen Forschungsinstitute kommen dieser Funktion insoweit entgegen, als sie ihre weltanschauliche Ausrichtung explizit machen und prominent darstellen.¹⁷ In welchem Umfang die

¹⁶ Das Institut für Demoskopie Allensbach fragte 1997, ob die Befragten glauben, „dass man den meisten Wissenschaftlern vertrauen kann, ich meine, dass sie ehrlich sagen, was sie wissen, oder glauben Sie das nicht?“ 32% der Befragten waren der Ansicht, man könne den Wissenschaftlern vertrauen, wogegen 43 % Wissenschaftlern keine lauterer Einschätzungen unterstellen (Noelle-Neumann/ Köcher 1993: 1027).

¹⁷ Weltanschauliche Ausrichtung beeinflusst, wie bereits oben argumentiert, Expertise immer, zumindest in den meisten Fällen. Für die Rechtfertigung vor einem breiten Publikum ist aber entscheidend, dass die zugrunde liegenden Werte explizit und der Öffentlichkeit bekannt sind. Dies gilt für die hier untersuchten Institute in weit stärkerem

unabhängigen ökologischen Forschungsinstitute über entsprechendes Vertrauen verfügen, ist nicht ganz leicht zu sagen. Leider liegen keine allgemeinen Bevölkerungsumfragen zu ihrer Glaubwürdigkeit vor. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat allerdings einmalig 1991 gefragt, wem vertraut wird, über das Thema Kernenergie „gut und umfassend“ zu informieren. Kernenergie ist gerade wegen seiner starken Politisierung ein Paradebeispiel der Expertiseproblematik. In der Umfrage liegen „Wissenschaftler“ mit 32% in den alten und 30% in den neuen Bundesländern zwar vor dem Öko-Institut, das Öko-Institut als prominenter Vertreter der unabhängigen ökologischen Forschungsinstitute liegt dann aber mit 21% (alte Länder) bzw. 25% (neue Länder) bereits an dritter Stelle (Noelle-Neumann/Köcher 1993: 914). Damit ist in der Gesamtbevölkerung beim Atomenergie-Thema das Vertrauen in Wissenschaftler allgemein höher als in das Öko-Institut. Das Vertrauen in dieses spezifische Institut ist dennoch erstaunlich hoch. Um in der Bevölkerung insgesamt zu überzeugen, war 1991 wissenschaftliche Expertise allgemein durchaus geeignet, wenn auch nur ein knappes Drittel der Bevölkerung dieser Expertise Glauben schenkt. Soll aber der Teil der Bevölkerung überzeugt werden, der der Kernenergie gegenüber kritisch eingestellt ist, dürften die umweltbewegungsnahen Institute über einen Glaubwürdigkeitsvorsprung verfügen.¹⁸

Die lokale Grenze des Wissens stellt sich für die ökologischen Institute nicht grundsätzlich anders als für andere Wissenschaftler. Die Institute weisen allerdings einen Auftragschwerpunkt aus ihrer unmittelbaren Umgebung auf, wenn auch nicht sehr ausgeprägt. Das Katalyse-Institut Köln war intensiv eingebunden in die Lokale Agenda 21-Initiative und das Öko-Institut, Standort Darmstadt, hat sich wohl auch durch seine räumliche Nähe für die Mitarbeit im Mediationsprojekt zur Erweiterung des Frank-

Maße als für viele andere Experten. Konkret wäre dies aber in einer vergleichenden Studie zu klären.

¹⁸ Auffällig ist, dass keine der bei der Befragung genannten Informationsquellen das Vertrauen einer Mehrheit genießt. Am besten schneiden noch „Fernsehsendungen“ ab, denen in Westdeutschland 39 % und in Ostdeutschland 37 % vertrauten (ebd.). Dies gilt wohl gemerkt für die hoch umstrittene Atomenergie, bei anderen Themen ist das Vertrauen in Wissenschaft weit höher. Vgl. dazu auch die Anmerkungen am Schluss (5.).

furter Flughafens qualifiziert (Geis 2005a). Die Institute verfügen aus den lokalen Kontexten, aber auch allgemeiner aufgrund ihrer thematischen Ausrichtung, über besondere Kompetenz bei der Implementationsberatung. Hans Jochen Luhmann hält diese enge Verbindung von wissenschaftlicher Kompetenz und Umsetzungskompetenz für das eigentliche Erfolgsrezept der Institute (Luhmann 1999; Roose 2002: 94; vgl. auch Jamison 2001: 64ff.).

Aus der Verbindung von wissenschaftlichem Arbeiten einerseits und einer Werteausrichtung und den damit verbundenen Grenzüberschreitungen andererseits ergeben sich eine Reihe weiterer Spezifika der Arbeitsweise dieser Institute. Nach der Politikberatungslogik war von einer auftragsabhängigen Arbeit der Institute ausgegangen worden. Tatsächlich finanzieren sich die Institute großteils oder überwiegend durch Aufträge und sind daher von Geldgebern abhängig. Allerdings beschränkt sich ihre Arbeit nicht auf finanzierte Aufträge – und das in mehrfacher Hinsicht. Die Institute beteiligen sich aktiv an der Definition neuer Arbeitsfelder durch ihre Auftraggeber. Ein solches Vorgehen ist nichts außergewöhnliches. Es sind die Experten selbst, die Forschungslücken am besten spezifizieren können (Gläser 2004). Bei der Grundlagenforschung sind Antragsverfahren selbstverständlich, bei Projekten mit stärkerem Anwendungsbezug kommt es zu einer wechselseitigen Diskussion möglicher neuer Forschungsthemen und auch in der direkten Politikberatung gibt es einen Austausch zwischen Experten und Entscheidungsträgern über mögliche relevante Themen (vgl. Müller 1994: 49; Roose 2002: 54ff.). Dieses Wechselspiel ist nur möglich, weil die Experten auch eigenständig werthaltige Entscheidungen treffen, wann ein Zustand als Problem anzusehen ist, also die normative Grenze des wissenschaftlichen Wissens überschreiten. Die Institute treten mit ihren Problemdefinitionen allerdings nicht nur an politische Entscheidungsträger heran, sondern werden auch selbst in der Öffentlichkeit aktiv und mobilisieren Aufmerksamkeit für Probleme. Das Öko-Institut oder das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie sind prominente Akteure in der medialen Öffentlichkeit. Beratungsprojekte enden nicht zwingend mit dem Projektbericht oder einem anderen offiziellen Projektabschluss. Oftmals verfolgen die Institute die Implementation – oder eben das Ausbleiben einer Implementation – im weiteren Verlauf und machen auf Mängel dabei aufmerksam.

Die Institute agieren in der Öffentlichkeit vermutlich weniger offensiv als Verbände, wenn auch mit erheblichen Unterschieden. Das Öko-Institut legt Wert auf eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, in der auch politisch klar Stellung bezogen wird. Andere Institute agieren zurückhaltender, indem sie zwar Ergebnisse und Handlungsvorschläge öffentlich machen, allerdings den Auftraggeber nicht für eine Vernachlässigung dieser Ergebnisse öffentlich kritisieren würden. Doch schon die offensive Verbreitung eines Abschlussberichts kann nennenswerten Handlungsdruck erzeugen (vgl. Roose 2003: 220).

An verschiedenen Punkte wird also deutlich, dass die hier betrachteten ökologischen Forschungsinstitute in ihrer Arbeit der Politikberatung die Grenzen wissenschaftlicher Arbeit überschreiten. Eine solche Grenzüberschreitung im Rahmen der Politikberatung ist nichts Ungewöhnliches. Saretzki weist darauf hin, dass Experten auch aus der sozialen Situation heraus sich vielfach genötigt sehen, ihre wissenschaftliche Expertise zu überdehnen (1997: 283).¹⁹ Das Spezifikum der ökologischen Forschungsinstitute ist nun, dass sie die Grenzen wissenschaftlichen Wissens in der Politikberatung in einer ganz bestimmten und öffentlich expliziten Weise überschreiten. Es ist zwar schwerlich von außen einsehbar, an welchen Stellen, in welchem Ausmaß und welcher Weise sie Wertentscheidungen eingegangen sind. Gleichwohl ist nach außen sichtbar für Auftraggeber und Öffentlichkeit, in welcher Grundhaltung diese Einschätzungen getroffen worden sein dürften, nämlich unter der Unterstellung eines Primats des Umweltschutzes. Durch diese öffentlich sichtbare Ausrichtung können die ökologischen Forschungsinstitute im politischen Prozess Funktionen erfüllen, die von anderen Experten nur schwer, in Bereichen mit starker Wissenschaftsskepsis (z.B. Atomenergie, Gentechnik u.ä.) gar nicht erfüllt werden können.²⁰ Die ökologischen Forschungsinstitute sind nicht allein

¹⁹ Vgl. auch Zimmerli (1990).

²⁰ In der wissenschaftssoziologischen Diskussion gehen die Ansichten auseinander, ob und in welchem Umfang sich dieses Problem reduzieren oder beheben ließe. Zimmerli (1990) geht davon aus, dass sich widersprechende wissenschaftliche Behauptungen allein auf unseriöse wissenschaftliche Arbeit zurück geht und sich entsprechend beheben ließe (ebd.: 4f.). Auch nach Ansicht von van den Daele ließen sich zumindest die Tatsachenbe-

wissenschaftliche Berater, sondern sie sind eben gleichzeitig Interessenvertreter.

5. Vermischte Logiken der Interessenvertretung

Wissenschaftliche Politikberatung und Interessenvertretung bezeichnen zunächst zwei unterschiedliche Aspekte im Prozess der politischen Entscheidungsfindung. Ich hatte beide Aspekte in ihrer Logik beschrieben und dann für den Bereich der Umweltpolitik mit der Realität konfrontiert. Dass die Realität von Idealtypen abweicht, ist nicht weiter verwunderlich, sondern liegt schon in der Idee des Idealtyps begründet (Weber 1991b: 72ff.).²¹ Interessant ist vielmehr, wie beide Typen in der Realität verschwimmen. Eine Gegenüberstellung der idealtypischen und tatsächlichen Arbeit von Verbänden und Politikberatungsinstituten macht das deutlich (vgl. S. 23).

Nach der Verbandslogik ist eine breite Mitgliederbasis notwendig zur Finanzierung der Arbeit und als Vertretungsmandat des Verbandes. Die Politikberatungslogik macht keine Mitgliederunterstützung erforderlich. Gleichwohl verfügen sowohl das Öko-Institut als auch das Katalyse-Institut über eine Mitgliedschaft. Damit wird die finanzielle und thematische Unabhängigkeit unterstützt, beides wichtige Bedingungen für Glaubwürdigkeit.²² Damit verfügen die Politikberatungsinstitute zwar noch nicht über ein Vertretungsmandat aufgrund ihrer Mitgliedschaft, aber zur Absicherung ihrer Glaubwürdigkeit haben sie auf die Verbandslogik zurück gegriffen.

hauptungen klären und damit die Wertentscheidungen isolieren und als solche ausweisen (Daele 1996), was freilich ein aufwändiger Prozess sein kann. Andere betonen den Einfluss von Interessen auf Expertenwissen (vgl. oben und Heinrichs 2002: 31). Entsprechend unterschiedlich fallen dann auch die Bewertungen der Rolle von Gegenexperten und ihre Ausweisung als (un-)wissenschaftlich aus (vgl. Gieryn 1995; und empirisch eindrucksvoll Weingart 2001: 170).

²¹ Auch dass die Verbände weniger deutlich von dem Idealtypus der Verbandslogik abweichen als die Institute von der Politikberatungslogik, ist allein Folge der Beschreibung der Idealtypen und entsprechend Folge einer willkürlichen Entscheidung des Autors.

²² In der Vergangenheit spielte dieser Aspekt der Verbandslogik für die Institute allerdings eine größere Rolle als heute.

Übersicht 3: Idealtypen und Arbeitsweisen im Vergleich

		Verbandslogik	Arbeit der Umweltverbände	Politikberatungslogik	Arbeit der ökologischen Forschungsinstitute
Voraussetzungen	Vertretungsmandat	möglichst umfassende Abdeckung des funktionalen Interesses	breite Unterstützung, aber geringe Abdeckung der Betroffenen	keines	z.T. Mitglieder zur überwiegend finanziellen Unterstützung
	Glaubwürdigkeit	Glaubwürdigkeit in Hinblick auf adäquate Interessenvertretung	hohes Vertrauen in Interessenvertretung und Wissenschaftlichkeit	Glaubwürdigkeit in Hinblick auf Wissenschaftlichkeit	hohes Vertrauen in Wissenschaftlichkeit und Interessenvertretung
Arbeitsweise		Auftreten auf eigene Initiative	Auftreten auf eigene Initiative	auftragsabhängiges Auftreten	auftragsabhängiges Auftreten und Auftreten auf eigene Initiative
		Einbindung in Verhandlungsgremien als Interessenvertreter	Einbindung in Beratungsgremien als wissenschaftliche Experten	Einbindung in Beratungsgremien als wissenschaftliche Experten	Einbindung in Beratungsgremien als wissenschaftliche Experten
		(Drohung mit) öffentlicher Interessenartikulation	öffentliche Interessenartikulation, aber keine Zusage über Ausbleiben von Kritik	Veröffentlichung nach Maßgabe des Auftraggebers/der grundsätzlichen Regelung	öffentliche Interessenartikulation
Ressourcen	Information	Informationen über geeignete Maßnahmen zur Interessensbefriedigung	nur eingeschränkt möglich wegen geringer Bindung anderer Verbände	–	–
		interessengeleitete Informationen über relevante Wirkungsmechanismen	interessengeleitete, wissenschaftliche Informationen über relevante Wirkungsmechanismen	wissenschaftliche Informationen über relevante Wirkungsmechanismen	interessengeleitete, wissenschaftliche Informationen über relevante Wirkungsmechanismen
		Informationen über Implementationsmöglichkeiten	interessengeleitete, wissenschaftliche Informationen über Implementationsmöglichkeiten	wissenschaftliche Informationen über Implementationsmöglichkeiten	interessengeleitete, wissenschaftliche Informationen über Implementationsmöglichkeiten
	Rechtfertigung von Entscheidungen	öffentliche Rechtfertigung von Entscheidungen durch interessenbasierte Beurteilung	öffentliche Rechtfertigung durch interessenbasierte und wissenschaftliche Beurteilung	öffentliche Rechtfertigung von Entscheidungen durch wissenschaftliche Beurteilung	öffentliche Rechtfertigung durch interessenbasierte und wissenschaftliche Beurteilung

Ähnliches gilt für die Glaubwürdigkeit als zweite Voraussetzung ihrer Arbeit. Idealtypisch müssten Verbände Glaubwürdigkeit genießen in Hinblick auf eine adäquate Interessenvertretung, wissenschaftliche Politikberatungsinstitute dagegen in Hinblick auf Wissenschaftlichkeit. Tatsächlich lassen sich aber Hinweise finden, dass die betrachteten Akteure ihre Glaubwürdigkeit – zumindest bei dem Bevölkerungsteil, der sensibel ist für Umweltprobleme – aus einer Mischung aus Interessenvertretung und wissenschaftlicher Kompetenz ableiten.

Die Arbeitsweise überschneidet sich auch in den übrigen Aspekten. Das öffentliche Einfordern von Umweltschutz ist nicht nur eine Aufgabe der Verbände, sondern auch die wissenschaftlichen Institute bedienen sich der öffentlichen Argumentation und Skandalisierung. In Beratungsgremien müssten Verbände als Interessenvertreter auftreten, während die Forschungsinstitute als wissenschaftliche Experten in Beratungsgremien zu erwarten waren. Tatsächlich aber sind sowohl Verbandsvertreter als auch Wissenschaftler der ökologischen Forschungsinstitute in Beratungsgremien, um als wissenschaftliche Experten mit einer Interessenausrichtung ihr Wissen einzubringen.

Die Ähnlichkeit der Arbeitsweisen beruht auf der Ähnlichkeit der Ressourcen: wissenschaftliche Informationen über Wirkungszusammenhänge und Implementationsmöglichkeiten sind für Verbände und für Forschungsinstitute von entscheidender Bedeutung. Jenseits der Information bringen wiederum beide Organisationstypen die Möglichkeit von öffentlicher Rechtfertigung der Politik ein. Während idealtypisch entweder wissenschaftliche Rechtfertigung oder Rechtfertigung entsprechend der Interessenvertretung zu erwarten war, ist die Realität gemischt. Sowohl Verbände als auch die ökologischen Forschungsinstitute können politische Maßnahmen nach wissenschaftlicher Logik und nach Interessenlage legitimieren. Gerade bei hoch umstrittenen Themen, wie z. B. Kernenergie oder Gentechnik, und mit Blick auf eine kritisch eingestellte Zielgruppe dürften Politiker mit der Unterstützung von interessengebundenem wissenschaftlichem Wissen die Akzeptanz von Entscheidungen verbessern können.

Wissenschaft und Politik sind grundsätzlich unterschiedliche Felder. Entsprechend müssten wir auch gravierende Unterschiede zwischen wissenschaftlich arbeitenden Instituten und politischen Interessenverbänden er-

warten, auch wenn es um Politikberatung geht. Im Umweltbereich sind aber die Ähnlichkeiten und Überschneidungen auffallend. Die Verwissenschaftlichung der Politik und die Politisierung von Wissenschaft zeigt sich bei Umweltverbänden und den unabhängigen ökologischen Forschungsinstituten in einer Vermischung von wissenschaftlicher und politischer Arbeit. Die Organisationstypen lassen sich weiterhin unterscheiden, die Differenz besteht allerdings in der Gewichtung, nicht in kategorial unterschiedlichen Arbeitsweisen.

Die gefundene Ähnlichkeit dürfte im Bereich der Umweltpolitik besonders deutlich sein. Es ist die Umwelt- und Atompolitik, in der die Gültigkeit von wissenschaftlichen Befunden radikal in Frage gestellt wurde. In vielen anderen Bereichen werden wissenschaftliche Ergebnisse weit selbstverständlicher akzeptiert als im Umweltbereich. Das Kriterium der „sound science“ als Rechtfertigungsgrundlage für Politik ist nach wie vor einflussreich (vgl. u.a. Alario 2001). Erst in Politikbereichen, die auch wissenschaftlich hoch umstritten sind und in denen dieser Streit öffentlich sichtbar ist, wird die weltanschauliche Ausrichtung der Experten wichtig. Der Experten-Pluralismus mit Experten und Gegenexperten ist in dieser Deutlichkeit ein Phänomen der Umweltpolitik mit ihren heftig umstrittenen Bereichen Kernenergie oder Gentechnik (vgl. u.a. Heinrichs 2002: 29ff.; Rucht 1988; Weingart 1979; Zimmerli 1990). Deshalb bietet sich der Umweltbereich an für eine enge, explizite Verknüpfung von Wissenschaft und Interessenvertretung. Ansätze dazu finden wir aber auch in anderen Bereichen. Wirtschaftsforschungsinstitute gelten als arbeitgeber- oder arbeitnehmernah, einzelne Wissenschaftler, wie Bert Rürup und Karl Lauterbach, stehen in der Gesundheitspolitik für Interessenpositionen und können aufgrund ihrer Prominenz Themen in die Medien bringen. Auch in diesen Fällen finden wir eine traditionelle und zumindest dem fachinteressierten Publikum bekannte Interessenausrichtung von wissenschaftlicher Expertise und Ansätzen der Verbandslogik.

Wissenschaft ist von Interessen beeinflusst. Dieser Befund ist der Wissenssoziologie nicht neu. An den Umweltverbänden und vor allem bei den unabhängigen, ökologischen Forschungsinstituten lässt sich aber im Detail zeigen, wie hier Aspekte von Wissenschaft und Politik zusammen fließen

und ihre Funktion im Politiksystem beeinflussen. Ob diese Entwicklung aus normativer Sicht richtig ist, ob sie demokratischen Spielregeln entspricht und welche Folgen daraus für die Möglichkeit von Politik resultieren, war hier nicht Thema.²³ Aus analytischer Sicht zeigt sich aber eine Verwissenschaftlichung der politischen Interessenvertretung und eine Politisierung der wissenschaftlichen Politikberatung, die sich bei Umweltverbänden und ökologischen Forschungsinstituten in ihrer Arbeitsweise und den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen niederschlägt.

Literatur

Alario, Margarita, 2001: A Turn to Scientific Analysis and Democratic Deliberation in Environmental Policy: Political Risk, Legitimation Crisis or Policy Imperative? *Theory and Science*, 2(2), <http://theoryandscience.icaap.org/content/vol002.002/alario.html>.

Bode, Ingo/Brose, Hanns-Georg, 2001: Zwischen den Grenzen. Intersystemische Organisatoinen im Spannungsfeld funktionaler Differenzierung. In: Veronika Tacke (Hg.): *Organisation und gesellschaftliche Differenzierung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 170-191.

Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang, 2002: Wissenschaftliche Politikberatung? Der Dissens der Experten und die Autoritat der Politik. *Leviathan*, 30(3), S. 384-399.

Braun, Dietmar, 2004: Wie nützlich darf Wissenschaft sein? Zur Systemintegration von Wissenschaft, Ökonomie und Politik. In: Stefan Lange/Uwe Schimank (Hg.): *Governance und gesellschaftliche Integration*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 67-87.

Cornelsen, Dirk, 1991: *Anwälte der Natur. Umweltschutzverbände in Deutschland*. München: C.H. Beck.

²³ Vgl. dazu aber u.a. Bogner/Menz (2002), Geis (2005a; 2005b), Heinrichs (2002), Hisschemöller u.a. (2001), Saretzki (1997).

Czada, Roland, 1992: Korporatismus. In: Manfred G. Schmidt (Hg.): *Lexikon der Politik, Band 3. Die westlichen Länder*. München: Beck, S. 218-224.

Daele, Wolfgang van den, 1996: Objektives Wissen als politische Ressource. Experten und Gegenexperten im Diskurs. In: Wolfgang van den Daele/Friedhelm Neidhardt (Hg.): *Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren*. WZB-Jahrbuch 1996. Berlin: edition sigma, S. 297-326.

Europäische Kommission, 2005: *The attitude of European citizens towards environment*. Brüssel: Europäische Kommission.

Fraenkel, Ernst, 1968: *Deutschland und die westlichen Demokratien*. Stuttgart u.a.: Kohlhammer.

Geis, Anna, 2005a: *Regieren mit Mediation. Das Beteiligungsverfahren zur zukünftigen Entwicklung des Frankfurter Flughafens*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Geis, Anna, 2005b: Wissen, Nichtwissen, Entscheiden: Grenzen der Verwissenschaftlichung von Politik. In: David Strecker/Anna Geis (Hg.): *Blockaden staatlicher Politik. Sozialwissenschaftliche Analysen im Anschluss an Claus Offe*. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 40-53.

Gellner, Winand, 1994: Politikberatung durch nichtstaatliche Akteure - Typen, Funktionen, Strategien. In: Axel Murswieck (Hg.): *Regieren und Politikberatung*. Opladen: Leske+Budrich, S. 175-192.

Gellner, Winand, 1995: *Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit. Think tanks in den USA und in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Gieryn, Thomas F., 1995: Boundaries of Science. In: Sheila Jasanoff u.a. (Hg.): *Handbook of Science and Technology Studies*. Thousand Oaks, London, New Delhi: Sage, S. 393-443.

Gläser, Jochen, 2004: *Produzierende Gemeinschaften. Kollektive Produktion und soziale Ordnung (nicht nur) in der Wissenschaft*. Unveröffentlichte Habilitationsschrift. Berlin: Freie Universität.

Guggenheim, Michael, 2005: *Organisierte Umwelt. Umweltdienstleistungsfirmen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik*. Bielefeld: transkript.

Habermas, Jürgen, 1966: Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft. In: Helmut Krauch/Werner Kunz/Horst Rittel (Hg.): *Forschungsplanung*. München, Wien: Oldenbourg Verlag, S. 130-144.

Heinrichs, Harald, 2002: *Politikberatung in der Wissensgesellschaft. Eine Analyse umweltpolitischer Beratungssysteme*. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.

Hisschemöller, Matthijs/Hoppe, Robert/Dunn, William N. u.a. (Hg.), 2001: *Knowledge, Power, and Participation in Environmental Policy Analysis*. New Brunswick, London: Transaction Publishers.

Hoppe, Robert, 2005: Rethinking the science-policy nexus: from knowledge utilization and science technology studies to types of boundary arrangements. *Poiesis & Praxis. International Journal of Technology Assessment and Ethics of Science*, 3(3), S. 199 - 215.

Jamison, Andrew, 2001: *The Making of Green Knowledge. Environmental Politics and Cultural Transformation*. Cambridge: Cambridge University Press.

Kohring, Matthias, 2001: *Vertrauen in Medien - Vertrauen in Technologie. Arbeitsbericht 196*. Stuttgart: Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg.

Krevert, Peter, 1993: *Funktionswandel der wissenschaftlichen Politikberatung in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungslinien, Probleme und Perspektiven im Kooperationsfeld von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit*. Münster: LIT Verlag.

Kuckartz, Udo/Rheingans-Heintze, Anke, 2004: *Umweltbewusstsein in Deutschland 2004. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*. Berlin: Umweltbundesministerium. www.umweltbewusstsein.de.

Kümmel, Gerhard (Hg.), 2004: *Wissenschaft, Politik und Politikberatung: Erkundungen zu einem schwierigen Verhältnis*. Frankfurt/M.: Peter Lang.

Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hg.), 2003a: *Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Leif, Thomas/Speth, Rudolf, 2003b: Lobbyismus in Deutschland. Fünfte Gewalt - einflussreich und unkontrolliert? *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 16(3), S. 24-36.

Luhmann, Hans-Jochen, 1999: Umweltpolitikberatung in Deutschland. Warum waren die 'Umweltinstitute' erfolgreich? *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 12(3), S. 49-53.

Luhmann, Niklas, 1986: *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.

Luhmann, Niklas, 1991: Funktion und Kausalität. In: ders.: *Soziologische Aufklärung 1*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9-30.

Luhmann, Niklas, 1992: *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas, 1993: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas, 1997: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas, 2000: *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Mayer, Klaus/Naji, Natalie, 2000: Die Lobbyingaktivitäten der deutschen Wirtschaft. *Recht und Politik. Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik*, 36(1), S. 31-43.

Merton, Robert K., 1990: The normative structure of science. In: Jeffrey C. Alexander/Steven Seidman (Hg.): *Culture and Society. Contemporary Debates*. New York: Cambridge University Press, S. 67-74.

Müller, Edda, 1994: Zur Verwendung wissenschaftlicher Ergebnisse in der Umweltpolitik. Ein Kommentar aus der Regierungspraxis. In: Axel Murswiek (Hg.): *Regieren und Politikberatung*. Opladen: Leske+Budrich, S. 49-57.

Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate (Hg.), 1993: *Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie, Band 9, 1984-1992*. München: Saur.

Reutter, Werner, 2000: Organisierte Interessen in Deutschland. Entwicklungstendenzen, Strukturveränderungen und Zukunftsperspektiven. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 50(B 26-27), S. 7-15.

Roose, Jochen, 2002: *Made by Öko-Institut. Wissenschaft in einer bewegten Umwelt*. Freiburg/Breisgau: Öko-Institut Verlag.

Roose, Jochen, 2003: *Die Europäisierung von Umweltorganisationen. Die Umweltbewegung auf dem langen Weg nach Brüssel*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Roose, Jochen 2006: Auf dem Weg zur Umweltlobby. Zur Vertretung der Umweltinteressen in Deutschland. In: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hg.): *Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 270-287.

Roose, Jochen/Rucht, Dieter, 2002: Unterstützung der Umweltbewegung. Rückblick und Perspektiven. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 15(4), S. 29-39.

Rucht, Dieter, 1988: Gegenöffentlichkeit und Gegenexperten. Zur Institutionalisierung des Widerspruchs in Politik und Recht. *Zeitschrift für Rechtssoziologie*, 9(2), S. 290-305.

Rucht, Dieter, 1991: Von der Bewegung zur Institution? Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung. In: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.): *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt/M.: Campus, S. 334-358.

Rucht, Dieter/Roose, Jochen, 2001a: Neither Decline nor Sclerosis. The Organisational Structure of the German Environmental Movement. *West European Politics*, 24(4), S. 55-81.

Rucht, Dieter/Roose, Jochen, 2001b: Von der Platzbesetzung zum Verhandlungstisch. Zum Wandel von Aktionen und Struktur der Ökologiebewegung. In: Dieter Rucht (Hg.): *Protest in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt/M.: Campus, S. 173-210.

Rucht, Dieter/Roose, Jochen, 2001c: Zur Institutionalisierung von Bewegungen: Umweltverbände und Umweltproteste in der Bundesrepublik. In: Bernhard Weßels/Annette Zimmer (Hg.): *Verbände und Demokratie in Deutschland*. Opladen: Leske+Budrich, S. 261-290.

Saretzki, Thomas, 1997: Demokratisierung von Expertise? Zur politischen Dynamik der Wissensgesellschaft. In: Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen*. Baden-Baden: Nomos, S. 277-313.

Schendelen, Rinus van, 2003: *Machiavelli in Brussels. The Art of Lobbying the EU*. Amsterdam: Amsterdam University Press.

Schimank, Uwe, 2000: *Theorien gesellschaftlicher Differenzierung*. Opladen: Leske + Budrich.

Schmitter, Philippe C./Lehmbruch, Gerhard (Hg.), 1979: *Trends Toward Corporatist Intermediation*. Thousand Oaks, London, New Delhi: Sage.

Schulten, Rudolf, 1990: Die Rolle des Naturwissenschaftlers. Expertenwissen beim Aufbau der Kernkraft. In: Reinhard Löw/Peter Koslowski/Robert Spaemann (Hg.): *Expertenwissen und Politik*. Weinheim: VCH Verlagsgesellschaft, S. 111-124.

Sebaldt, Martin, 1997: *Organisierter Pluralismus. Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Sebaldt, Martin/Straßner, Alexander, 2004: *Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Streeck, Wolfgang, 1994: Staat und Verbände: Neue Fragen. Neue Antworten? In: Wolfgang Streeck (Hg.): *Staat und Verbände. Sonderheft 25 der Politischen Vierteljahresschrift*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7-34.

Thunert, Martin, 2001: Politikberatung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949. In: Ulrich Willems (Hg.): *Demokratie und Politik in der Bundesrepublik 1949-1999*. Opladen: Leske+Budrich, S. 223-242.

Weber, Max, 1991a: Der Sinn der "Wertfreiheit" der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften. In: Max Weber (Hg.): *Schriften zur Wissenschaftslehre*. Stuttgart: Reclam, S. 176-236.

Weber, Max, 1991b: Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Max Weber (Hg.): *Schriften zur Wissenschaftslehre*. Stuttgart: Reclam, S. 21-101.

Weingart, Peter, 1979: Das 'Harrisburg-Syndrom' oder die De-Professionalisierung der Experten. In: Helga Nowotny (Hg.): *Kernenergie: Gefahr oder Notwendigkeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 9-17.

Weingart, Peter, 2001: *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

Weingart, Peter, 2003: *Wissenschaftssoziologie*. Bielefeld: transcript Verlag.

Weisker, Albrecht, 2003: Expertenvertrauen gegen Zukunftsangst. Zur Risikowahrnehmung der Kernenergie. In: Ute Frevert (Hg.): *Vertrauen. Historische Annäherungen*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 394-421.

Weßels, Bernhard, 2000: Die Entwicklung des deutschen Korporatismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 50(B26/27), S. 16-21.

Winter, Thomas von, 2003: Vom Korporatismus zum Lobbyismus. Forschungsstand und politische Realität. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 16(3), S. 37-44.

Wynne, Brian, 1996: May the Sheep Safely Graze? Expert-Lay Knowledge Divide. In: Scott Lash/Bronislaw Szerszynski/Brian Wynne (Hg.): *Risk, Environment and Modernity*. London, Thousand Oaks, New Delhi: Sage, S. 44-83.

Zimmerli, Walter Christoph, 1990: Zur Dialektik des technisch-wissenschaftlichen Expertentums. In: Walter Christoph Zimmerli/Hansjörg Sinn (Hg.): *Die Glaubwürdigkeit technisch-wissenschaftlicher Informationen*. Düsseldorf: S. 1-16.